

Das Ruhrgebiet für nachhaltiges Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Positionspapier zur Gestaltung der Energiewende

4. Oktober 2018

Präambel

Von jeher ist das Ruhrgebiet die Energiezentrale Deutschlands und Europas. Sie versorgt die Menschen in einem der größten Ballungsräume Europas nicht nur mit Strom, sondern gibt ihnen Arbeit; war für Unternehmen immer sicherer Stromlieferant weit über die Region hinaus und damit auch selbst begehrter Standort.

Vor diesem Hintergrund wissen die Menschen im Ruhrgebiet, was Eingriffe in die Wertschöpfungskette der Energiegewinnung auslösen können und welche Konsequenzen politische Entscheidungen für eine ganze Region haben. Energiepolitische Entscheidungen, wie die endgültige Beendigung der deutschen Steinkohlenförderung, haben schon einmal Wachstum im Ruhrgebiet gebremst, den Wegfall 100.000er Arbeitsplätze eingeläutet, Qualifikationsbedarfe dauerhaft verändert und Traditionen gebrochen. Das Ruhrgebiet trägt die Bürde dieser Entscheidungen.

Mitte des Jahres hat die Bundesregierung die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingesetzt, die Vorschläge zur Gestaltung des Strukturwandels in der Energiewirtschaft und zur Erreichung der Klimaziele unterbreiten soll. In dem Zusammenhang steht auch die schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung auf der Tagesordnung. Im Zentrum dieser Debatte soll ein Instrumentenmix für die Regionen stehen, um den tiefgreifenden Strukturwandel nachhaltig zu gestalten.

Wir im Ruhrgebiet wissen: Ohne eine strategische Ausrichtung dieser Entscheidungen, könnten sie negative Auswirkungen auf Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung in der ganzen Bundesrepublik und in Europa haben. Und wir sind uns sicher: Das Ruhrgebiet kann einen erneuten politisch ausgelösten Strukturwandel nicht schultern.

Stattdessen brauchen wir eine zukunftsorientierte Ausrichtung von Energie-, Klima- und Wirtschaftspolitik, die den Weg hin zu einer Energiewende gestaltet. Es reicht nicht aus, nur

Mark Rosendahl
Regionsgeschäftsführer

recklinghausen@dgb.de

Telefon: 02361-10624-0
Telefax: 02361-10624-22

Ro/Hh

Dorstener Straße 27a
45657 Recklinghausen

www.dgb-emscher-lippe.de

NORD/LB
IBAN DE23 2505 0000 0152 0123 57
BIC NOLADE2HXXX

ID-Nr. DE231340966

Name, Adresse und zur Bearbeitung notwendige
Angaben werden vorübergehend gespeichert.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Material

zu beschließen, was die Energiewende bedeuten soll, ohne zu beschreiben, wie wir dorthin kommen.

Unsere Region fordert aus ihrer Erfahrung heraus und vor dem Hintergrund dessen, was schon jetzt notwendig ist, um dem Ruhrgebiet wieder zu Wachstum und mehr Beschäftigung zu verhelfen, die folgenden fünf Punkte umzusetzen.

1. Voraussetzungen schaffen für eine erfolgreiche Energiewende

Wir stehen zu den europäischen und internationalen Vereinbarungen zum Schutz des weltweiten Klimas. Das Klimaziel ist jedoch nicht Aufgabe eines Wirtschaftszweigs, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen Investitionen in erneuerbare Energien, Speicher und Netze, den Ausbau der Ladeinfrastruktur und Anreize für energetische Gebäudesanierung. Das hätte neben positiven Auswirkungen auf das Klima gerade im Ruhrgebiet auch Effekte für den Städtebau, Transport und Infrastruktur.

Um die Energiewende nachhaltig gestalten zu können, braucht es Investitionen in Forschung und Entwicklung. Sie sind der Weg, mit dem in den Regionen der Energieerzeugung dauerhaft Beschäftigung gesichert und neue Technologien angesiedelt werden können. Der Standortvorteil des Ruhrgebiets ist die Verbundindustrie - die enge Verbindung von Grundstoffindustrie und Schlüsselbranchen. Das beschleunigt Innovationen und gibt Sicherheit für Investitionen. Beides ist entscheidend für die erfolgreiche Energiewende. Die Wertschöpfungsketten dürfen deshalb nicht ausgedünnt und verkürzt werden. Ein überhasteter Ausstieg aus der Ressourcengewinnung belastet die Regionen der Energieerzeugung nachhaltig und gefährdet eine erfolgreiche Energiewende durch mangelnde Innovationsfähigkeit.

2. Versorgung sicherstellen

Großindustrie und energieintensive Unternehmen schaffen im Ruhrgebiet gute Arbeit. Dafür brauchen wir gesicherte, wetterunabhängige Energiebereitstellung und Abdeckung der Maximallast. Mittelfristig ist dazu weiterhin Kohleverstromung notwendig, die wir nur durch verlässliche Rahmenbedingungen für Energieunternehmen bei Neuinvestitionen in flexible und effiziente Kraftwerke sicherstellen können.

3. Strom muss wettbewerbsfähig bleiben

Der Erfolg des Ruhrgebiets als industriell geprägter Großraum hängt maßgeblich von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen ab. Besonders für energieintensive Unternehmen der Region ist die Entwicklung der Energiepreise ein entscheidender Wettbewerbs- und Standortfaktor. Die Sicherung des Standorts für Industrie - und in der direkten Folge für die Zulieferbetriebe - hängt daher entscheidend davon ab, dass den immer höher steigenden Energiekosten Einhalt geboten werden kann. Sonst droht die Abwanderung von Investitionen und Arbeitsplätzen in Länder mit wettbewerbsfähigeren Strompreisen.

Hierzu müssen in einem ersten Schritt die bestehenden Ausnahmeregelungen für energieintensive Produktionsprozesse dauerhaft abgesichert und die drohenden höheren Industriestrompreise für die energieintensive Industrie kompensiert werden. Eine

Entlastung beim Strompreis setzt zudem notwendige Anreize, um umweltfreundlich erzeugten Strom in den anderen Verbrauchssektoren einzusetzen und gibt damit einen wichtigen Impuls für Investitionen in die Sektorenkopplung.

Ergänzend sollte durch den verstärkten Einsatz von Steuermitteln eine Reduzierung der Abgabenlast für die Verbraucherinnen und Verbraucher auf den Strompreis ermöglicht werden. Von dieser Entlastung würden insbesondere Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen profitieren.

4. Internationale Lösungen anstreben

Das Ruhrgebiet liegt im Herzen Europas, nahe der Grenzregion und selbst internationaler Schmelztiegel. Wir wissen: Nur eine gemeinschaftliche Lösung wird eine erfolgreiche Energiewende hervorbringen. Wir brauchen eine verbindliche Umsetzung internationaler Abkommen, statt nationaler Symbolpolitik.

5. Den Menschen in den Mittelpunkt stellen

Das Ruhrgebiet ist nach wie vor eine Industrieregion. Von der Energieerzeugung und unseren Industrien hängen 100.000e Menschen ab. Wir dürfen sie nicht zum Spielball von einseitig politischen Interessen machen. Die Arbeitsplätze sichern unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität. Die Beschäftigten und ihre Familien und die vielen Menschen im Ruhrgebiet müssen in den Mittelpunkt der Debatte rücken. Die Kommission muss belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte beschreiben. Die Menschen haben es sich verdient, dass die Politik verlässliche Rahmenbedingungen setzt.

Die von der Bundesregierung eingesetzte **Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung** ist im Namen aller Unterzeichner aus Unternehmen, Politik und Gesellschaft des Ruhrgebiets aufgefordert, diese Punkte in ihr Aktionsprogramm für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Regionen der Energieerzeugung aufzunehmen.

gez.

Mark Rosendahl
Geschäftsführer
DGB-Region Emscher-Lippe

Frank Baranowski
Vorsitzender
Kommunalrat Ruhrgebiet

Oberbürgermeister
Stadt Gelsenkirchen

Karola Geiß-Netthöfel
Regionaldirektorin
Regionalverband Ruhr

Michael Groß MdB
Sprecher
SPD-MdBs Ruhrgebiet

Josef Hovenjürgen MdL
Vorsitzender Verbandsversammlung
Regionalverband Ruhr

Generalsekretär
CDU Nordrhein-Westfalen

Thomas Wessel
Personalvorstand und Arbeitsdirektor
Evonik Industries AG